

Herr Lausch, was ist für Sie die ideale Demokratie?

Die Initiative für mehr Demokratie gibt es seit nunmehr 25 Jahren und **Stephan Lausch** ist ihr Koordinator und Gesicht. Sein Traum: Eine Konkordanz-Regierung für Südtirol.

Tageszeitung: Herr Lausch, die Demokratie-Initiative wird 25 Jahre alt, und sie hat einiges in Bewegung gesetzt. So wurde 2018 ein neues Landesgesetz zur Direkten Demokratie und Partizipation verabschiedet. Braucht es sie überhaupt noch?

Stephan Lausch: Ich möchte betonen, dass wir Initiative für mehr Demokratie heißen. Wir bleiben nicht bei der Direkten Demokratie stehen, die war aber am dringlichsten. Uns braucht es auch, weil das Landesgesetz nachzubessern ist. Und wir haben im Laufe der Jahre gelernt, dass es nicht allein mit einem Gesetz zur direkten Demokratie getan ist, wenn die parlamentarische Demokratie so weiter funktioniert wie sie bisher funktioniert hat. Nämlich die mangelnde Bereitschaft der Politiker, mit den Bürgern zusammenzuarbeiten und auch intern nicht imstande ist, Zusammenarbeit zu praktizieren. Es gilt weiter das Konkurrenzprinzip alle gegen alle, ein Form der Demokratie, die wir uns nicht mehr leisten können.

Sind Sie im fernen Jahr 1994 mit dieser Diagnose gestartet: Die repräsentative Demokratie funktioniert nicht?

Ja, sie funktionierte nicht gut, weil die andere Hälfte, die direkte Demokratie, fehlte. Für die haben wir uns immer eingesetzt. Es geht aber darum, die Demokratie insgesamt funktionsfähig zu machen, die beiden Hälfte gut ineinander greifen

zu lassen. Ein Ansatz für die moderne Demokratie war die Französische Revolution, wo die Volksgesetzgebung gleichwertig mitgedacht wurde. Das bundesdeutsche Grundgesetz sieht die Ausübung der Macht per Wahlen und Abstimmungen vor; auch in der ersten Verfassung der DDR war dies enthalten. Dieses Prinzip wurde aber nicht umgesetzt. Die politische Vertretung hat nie dafür gesorgt, dass die Souveränität direkt vom Volk ausgeübt werden konnte.

In den vergangenen Jahren ist die Direkte Demokratie insbesondere von rechtsgerichteten Parteien und Rechts-Populisten mit Slogans wie „Alle Macht

Mich treibt die Überzeugung an, dass Demokratie in erster Linie Beteiligung und Mitbestimmung der Bürger und nicht Delegation bedeutet.

dem Volk“ in Beschlag genommen worden. Die von Ihnen koordinierte Initiative dürfte aber eher linker Inspiration sein. Sehen Sie diesen Widerspruch?

Dieses Problem war uns zunächst nicht bewusst. Aber die Qualität der direkten Demokratie hängt wesentlich von den Regeln ab, aufgrund der sie angewandt wird. Die Rechte zeichnet sich dadurch aus, dass sie nicht direkte, sondern plebiszitäre Demokratie betreibt. Also im Wesentlichen sich die Re-

geln zurechtlegt, wie sie das Volk in ihrem Sinn abstimmen lassen will. Zur Erhaltung der Macht. Die Freiheitlichen in Österreich haben versucht an die Macht zu kommen, indem sie sich hinter die Idee der Direkten Demokratie gestellt haben. Als sie an der Macht waren, war sie wieder vergessen. Zur Frage der Gefahr des Populismus im Zusammenhang mit Direkter Demokratie hat Claude Longchamp auf unserer Festveranstaltung Wichtiges gesagt. Die Gleichung, wenn mit Wahlen immer mehr Menschen dem Rechtspopulismus anheimfallen, dann bedeuten zusätzliche direktdemokratische Möglichkeiten mehr Populismus,

ist zu einfach gedacht. Die Realität zeigt vielmehr: Nur wählen zu können, ständig nur seine Zuständigkeit und Verantwortung delegieren zu können/müssen, macht eher anfällig für Populismus, als das Recht und die Möglichkeit ausüben zu können, notfalls selbst, mit Entscheidungsmacht ins politische Geschehen eingreifen zu können.

Hier stellt sich die normative Frage: Über welche Themen darf überhaupt abgestimmt werden? Wir haben uns hier an der Rege-

lung der Direkten Demokratie in der Schweiz orientiert, wo eine stark integrative Ausrichtung besteht. Dort ist es sogar gelungen, mit direkter Demokratie das Migrationsproblem nicht derart zum Problem werden zu lassen, wie es in anderen Staaten passiert ist. Ein Viertel der Bevölkerung der Schweiz sind Einwanderer.

In der Schweiz wurde über die Zulässigkeit von Minaretten abgestimmt. Wäre das in eurem Sinn, wenn hierzulande ein Referendum darüber stattfände?

Es war sicher eine Form der populistischen Anwendung der Direkten Demokratie. Es gab aber auch einige andere Abstimmungen zu diesem Bereich, die Baden gegangen sind. Die Abstimmung zu den Minaretten war die einzige, die zu Lasten der Einwanderer ausgegangen ist. Das sind natürlich nicht schöne Abstimmungen.

Sie sagen also: Als Direkt-Demokrat muss man auch so eine Abstimmung akzeptieren?

Man muss dazu sagen, dass die parlamentarische Demokratie auch nicht abgeschafft werden kann, wenn ein Salvini an die Macht kommt oder andere Politiker, die Schaden anrichten.

Euch ist also bewusst, dass die Direkte Demokratie ein zweischneidiges Schwert ist?

Ja, das ist es uns. Deshalb ist es so wichtig, dass sie gut geregelt ist. Ein Beispiel dazu: Im Südtiroler Gesetz fehlt die Möglichkeit für

